

Antworten auf die Wahlprüfsteine für die Deutsche Gesellschaft für Ur- und Frühgeschichte (DGUF) anlässlich der Europawahl 2024



1. Was planen die GRÜNEN in der nächsten Legislaturperiode in Bezug auf die Auswirkungen des Klimawandels auf das kulturelle Erbe und die grüne Transformation und ihre Auswirkungen auf die Erhaltung des kulturellen Erbes?

Teil der europäischen Identität sind die vielfältigen Natur- und Kulturlandschaften. Zum Erhalt dieser sollen innovative und nachhaltige Projekte durch europäische Fördermittel unterstützt werden. Im Programm Creative Europe haben wir die Stärkung des Heritage-Bereichs unterstützt und um den Bereich „Schutz vor Klimafolgen“ erweitert. Dies wollen wir fortführen. Darüber hinaus müssen die Regionen mehr in die Sanierung und den Schutz kulturellen Erbes aus den Mitteln der Strukturfonds investieren. Wir haben uns als GRÜNE besonders dafür eingesetzt, dass in der derzeitigen Förderperiode die Möglichkeit besteht.

2. Wie positioniert sich Ihre Partei in dem Interessenkonflikt zwischen dem Schutz der historischen Landschaft der EU bei Planungsprozessen?

Natürliche Lebensräume und die landschaftliche Vielfalt innerhalb der EU müssen erhalten werden, um sowohl die Umwelt zu schützen als auch die Lebensqualität der Menschen zu verbessern. Daher sehen wir die Notwendigkeit für eine nachhaltige, umweltfreundliche Entwicklung auch bei Planungsprozessen. Jedoch müssen wir auch feststellen, dass viele Planungsprozesse durch viele parallele Anforderungen ausgebremst wurden. Wir haben uns für eine Beschleunigung der Prozesse eingesetzt, wenn dies strategische Notwendigkeit hat.

3. Was plant Ihre Partei, um Plünderungen archäologischer Stätten und den illegalen Handel mit archäologischen Funden zu verhindern und - ggf. auch strafrechtlich - zu verfolgen?

Wir setzen uns für die europaweite Anerkennung und Umsetzung aller UNESCO-Abkommen zum Schutz von Kulturdenkmälern und dem Verbot des Handels mit illegalen Kulturgütern ein. Zudem fordern wir den Ausbau der gemeinsamen europäischen Strafverfolgung, wie eine Weiterentwicklung des Europol-Informationssystems. Der Handel mit illegalen Kulturgütern ist zu einfach und zu verbreitet in Europa. Wir wollen dem einen Riegel vorsetzen, in dem wir bereits geltendes Recht umsetzen. So können wir relativ einfach bereits einen großen Markt austrocknen. Dies wird den Raub von Ausgrabungsstätten dramatisch reduzieren.

4. Was plant ihre Partei hinsichtlich der Erleichterung der grenzüberschreitenden Mobilität von Fachkräften, speziell der Archäologie?

Bezüglich der Erleichterung der grenzüberschreitenden Mobilität von Fachkräften setzen wir uns für eine umfassende EU-Fachkräftestrategie ein. Diese Strategie soll insbesondere die Anwerbung von Fachkräften aus Drittstaaten durch eine Ausweitung der EU-Blue-Card-Initiative fördern, um verschiedenen Berufsgruppen die Einwanderung zu erleichtern. Ansonsten stehen wir zur Personenfreizügigkeit und wollen insbesondere bei Besteuerung und Abgaben Erleichterungen schaffen um auch bürokratische Hürden zu senken.

5. Was plant Ihre Partei in der nächsten Legislaturperiode in Bezug auf die Nutzungsrechte von Bildern von Gegenständen, historischen Aufzeichnungen und Stätten, die sich im Besitz von öffentlichen Sammlungen, Archiven und Museen befinden?

Wir vertreten die Auffassung, dass Gegenstände im Besitz von öffentlichen Sammlungen, Museen und Archiven letztlich auch Besitz der Öffentlichkeit insgesamt sind und daher niederschwellig zugänglich gemacht werden müssen. Bilder und Kopien sollen kostenlos und digital jedem*r verfügbar sein und genutzt werden können (im Einklang mit dem Urheberrecht). Gegenstände und Stätten müssen entsprechend ihres Zustandes und ihrer Bedeutung der Öffentlichkeit kostengünstig zugänglich gemacht werden sowie für die Wissenschaft (Forschung und Bildung) nach Absprachen grundsätzlich nutzbar gemacht werden.